



Der Kreisparteitag möge beschließen, dass **ungefähr die Hälfte** aller Vorstandssitzungen der SPD im Landkreis Verden im Jahr online, z.B. über die bewährte Konferenzplattform WebEx, stattfinden sollen. Insbesondere solche Sitzungen, an denen keine externen Referent*innen teilnehmen und an denen keine inhaltliche Arbeit oder Diskussionen stattfinden, sollen online stattfinden. Darüber hinaus sollen auf den Sitzungen, die in Präsenz stattfinden, den Teilnehmer*innen auf Nachfrage niedrigschwellige Möglichkeiten angeboten werden, hybrid zugeschaltet zu werden (soweit technisch möglich).

Begründung:

Seit nun fast drei Jahren coronageprägter Partei- und Vorstandsarbeit haben sich online Sitzungen in der SPD und ihren Arbeitsgemeinschaften etabliert und bewährt. Nach anfänglicher technischer Eingewöhnungszeit finden seitdem regelmäßig ohne Probleme online Sitzungen über die Konferenzplattform WebEx statt. Dies hat unsere Parteiarbeit an vielen Stellen vereinfacht und zahlreiche Vorteile mit sich gebracht.

Wir haben gemerkt, dass online Sitzungen einen starken inklusiven Charakter haben und vielen Menschen eine Teilnahme ermöglichen bzw. stark vereinfachen. Dadurch sind bei digitalen Sitzungen regelmäßig mehr Teilnehmer*innen anwesend als bei Präsenzsitzungen. Gerade für uns als Flächenlandkreis werden schließlich enorme Fahrtwege gespart, Teilnehmer*innen aus Oyten sparen sich bis bspw. bis zu 50km, aus Ottersberg sogar 60km. Insbesondere junge Menschen stellt dies vor große Herausforderungen. Neben den hohen Spritkosten und der Umweltbelastung kann so enorm an Zeit gespart werden und unser ehrenamtliches Engagement viel besser mit Arbeit und Privatleben vereinbart werden. Zudem können durch den Verzicht auf Präsenzsitzungen Kosten für die Raummiete und Getränke vor Ort gespart werden. Immer weniger Hotels und Gasthäuser bieten ihre Räumlichkeiten für Tagungen und Sitzungen an, wodurch es in unserem ländlichen Raum zunehmend schwieriger wird, eine entsprechende Location zu finden. Neben dem Geld wird also auch einiges an Arbeit gespart.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit diesem Antrag können wir ein exzellentes Zeichen für Modernität und Offenheit in unserer Partei setzen. Wir sind die Partei, die jungen Menschen Engagement und das Einbringen ihrer Ideen ermöglichen will, auch wenn diese oftmals kein eigenes Auto zur Verfügung haben und trotzdem gerne an SPD-Sitzungen teilnehmen. Dafür ist es notwendig, zumindest einen Teil unserer Sitzungen online stattfinden zu lassen. Wir haben in der Vergangenheit gemerkt, wie einfach dies ist und welche Vorteile dadurch entstehen. Wir bitten euch deshalb um Annahme dieses Antrages und darum, dass wir als SPD weiterhin der Ort bleiben, an dem alle Mitglieder an unserer Vorstandsarbeit mitwirken können.



SPD-ORTSVEREIN VERDEN
NÄHER DRAN.

Der SPD Ortsverein Verden beantragt:

Der SPD-Kreisparteitag möge beschließen:

Die digitale Lehrmittelfreiheit, die im rot-grünen Koalitionsvertrag auf Landesebene vereinbart wurde, ist so schnell und konsequent wie irgend möglich umzusetzen.

Die Kreisverdener SPD begrüßt, dass der Vereinbarung zufolge

1. zunächst Schülerinnen und Schülern ab Jahrgang 8 und später auch jüngeren Schülerinnen und Schülern schrittweise digitale Endgeräte zur Verfügung gestellt bekommen und
2. dass an den erfolgreichen Start der Niedersächsischen Bildungscloud (NBC) angeknüpft wird und flächendeckend auch Inhalte allen Schülerinnen und Schülern zugänglich gemacht werden.

Als SPD im Landkreis Verden sehen wir diese zwei Vorhaben als wichtige Bausteine einer zeitgemäßen Lehrmittelfreiheit im 21. Jahrhundert. Sie sind wichtig, um Familien finanziell zu entlasten sowie die chancengleiche digitale Teilhabe der Schülerinnen und Schüler umgehend sicherzustellen.



Antragssteller:

Ortsverein Kirchlinteln

Antrag 1 (einstimmig angenommen)

Schnelle Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen

Angesichts des großen Arbeitskräftemangels in Deutschland müssen im Ausland gemachte Abschlüsse leichter anerkannt werden! Das gilt **beispielsweise auch** für Abschlüsse von Vertriebenen aus der Ukraine. Arbeiten zur Probe mit Supervision muss ermöglicht werden u. U. nach erfolgreichem Praktikum. Erfolgreich geleistete Arbeit muss somit honoriert werden und als Grundlage im Sinne eines Basiselements für eine Einstellung an der Arbeitsstelle angerechnet werden, an der sich die/derjenige bewährt hat.

Begründung:

Momentan werden Berufsabschlüsse aus der Ukraine nicht mehr in dem Maße anerkannt, wie zu Beginn des Krieges. Da in Deutschland ein großer Mangel an Arbeitskräften besteht, sollte mit der Genehmigung von Abschlüssen großzügiger verfahren werden. Probezeiten mit Supervision, Praktika sind Möglichkeiten, zu zeigen, dass die/der Ukrainer*in in dieser speziellen Arbeitsstelle ein Gewinn für den gesamten Betrieb ist. Das ist nicht nur für handwerkliche oder industrielle Betriebe sondern auch für pädagogische Berufe ein Weg. Gerade im Kindertagesstätten-Bereich herrscht ein großer Fachkräftemangel. Menschen mit pädagogischen Ausbildungen und Abschlüssen, die in einem anderen Land erworben wurden, muss der Weg in den gelernten Beruf in Deutschland ohne große Bürokratie ermöglicht werden.

Adressat:

Bezirksparteitag

Landesparteitag

Landtagsfraktion, Bundestagsfraktion



Antragssteller:

Ortsverein Kirchlinteln

Antrag 2 (bei 3 Enthaltungen einstimmig angenommen)

Den 8. Mai als Feiertag anerkennen

Der SPD-Kreisparteitag begrüßt die Initiative der Landesverbände von SPD und Grünen, die Einführung eines weiteren Feiertages im Land zu prüfen.

Wir regen an: der 8. Mai, der Tag der Befreiung von der NS-Diktatur, sollte Feiertag sein.

Begründung:

Demokratisch gesinnte Bürgerinnen und Bürger, darunter auch viele Sozialdemokraten, sind in den zwölf Jahren der NS-Diktatur von 1933 bis 1945 von der Gestapo verhaftet, gedemütigt und getötet worden. Diesen Menschen gilt es am Tag der Befreiung zu gedenken und Respekt zu zollen. Im europäischen Ausland hat der Tag der Befreiung teilweise einen hohen Stellenwert.

Drei geschichtsträchtige Daten stehen für einen weiteren Feiertag in Niedersachsen zur Diskussion und Prüfung. Wie schon vor einigen Jahren spricht sich die Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins für den 8. Mai, den Tag der Befreiung von der NS-Diktatur, aus.

Auch in der Tschechischen Republik und unserer Partnergemeinde Letovice ist der 8. Mai nationaler Feiertag. Schon seit Jahren wird an diesem Tag in Letovice, gemeinsam mit Sozialdemokraten aus Kirchlinteln und Letovice, der Opfer der NS-Diktatur gedacht. Warum nicht auch in Niedersachsen und Kirchlinteln?

Bereits im Januar 2018 sprach sich der SPD-Ortsvereinsvorstand für den 8. Mai als zusätzlichen Feiertag aus. Damals wurde argumentiert, dass an diesem Tag im Jahr 1945 die amerikanischen, russischen, britischen und französischen Soldaten die zwölfjährige Naziherrschaft im Deutschen

Reich und den von den Nationalsozialisten angeführten Zweiten Weltkrieg beendeten.

Adressat:

Bezirksparteitag

Landesparteitag



Der SPD-Kreisparteitag möge beschließen den Lehrerberuf attraktiver zu machen!

Über den Quereinstieg in den Lehrerberuf sind viele engagierte Lehrkräfte gewonnen worden. Jetzt gilt es sie mit attraktiveren Bedingungen zu motivieren, dabei zu bleiben. Teil dieser Bedingungen sind:

1. Die berufsbegleitende Ausbildung schließt mit einem Zertifikat ab, das Grundlage für weitere Qualifizierungen ist.
2. Als Weiterqualifizierung wird zum Beispiel auch eine mehrjährige erfolgreiche Klassenleitung anerkannt.
3. Für Seiteneinsteiger gibt es die Möglichkeit, durch Weiterqualifizierung auf die Stufe der „regulären Lehrkräfte“ zu kommen.
4. Für die Gewinnung weiterer Quereinsteiger/Seiteneinsteiger gibt es
 - a. eine wohlwollende Anerkennung der geleisteten Ausbildungsqualifikationen.
 - b. eine Anerkennung der Berufserfahrungen.
5. In jedem Fall muss ausgeschlossen werden, dass Arbeitsverträge vor den Sommerferien gekündigt und nach den Sommerferien wieder aufgenommen werden.

Begründung:

An manchen Schulen sind mehr als 20% Quereinsteiger und Seiteneinsteiger. Sie haben eine vierwöchige Kündigungsfrist und können leicht nach Bremen abwandern. Dort gibt es ein ähnliches Quereinsteiger-Programm wie in Niedersachsen, die Bezahlung ist aber deutlich besser. Es besteht also die akute Gefahr, dass die engagierten, in den Schulalltag eingebundenen guten Lehrkräfte in einer großen Zahl abwandern. Viele überlegen so einen Schritt. Sie müssen keinen Versetzungsantrag stellen. Niedersachsen darf sich hier nicht verkalkulieren!

Hier gilt es attraktive Bedingungen zu schaffen, die die Leute motivieren an ihren Schulen zu bleiben.

- Bei der Anerkennung der Qualifikationen müssen auch Berufserfahrungen mit einfließen.
- Die Anerkennung der Ausbildungsqualifikationen muss transparent und wohlwollend erfolgen. Es kann nicht angehen, dass einer promovierten Historikerin das Fach Geschichte für den Unterricht in einer Oberschule nicht als erstes Fach anerkannt wird, nur weil sie in ihrer ersten Uniphase bestimmte Module nicht belegt hatte.

Motivation sieht anders aus!

| Seiteneinsteiger: | Quereinsteiger | |
|---|--|---|
| es werden zwei Studienfächer anerkannt | Es wird nur ein Fach anerkannt | |
| es folgen Referendariat | eine berufsbegleitende Qualifizierung folgt höheres Stundendebutat etwas weniger kleine Unterrichtsbesuche | In der gleichen Situation Beide Ausbildungen sind ähnlich Quereinsteiger haben am Ende die Referendare beraten bei der kollegialen Beratung zwischen Quereinsteigern und Referendaren ging es um den Schulalltag (Elterngespräche, Umgang mit schwierigen Situationen usw.). Durch unser höheres Stundendebutat hatten wir da ein Mehr an Erfahrung. |
| Abschlussprüfung, Zertifikat | Kein Prüfungstag | Es ist nicht einzusehen, weshalb eine berufsbegleitende Qualifizierung ohne Zertifikat abschließt |
| Verbeamtung | Verbeamtung auch später nicht möglich | Verbeamtung sollte im Bereich des Möglichen sein, durch Weiterqualifikation, berufsbegleitend |
| Aufstiegsmöglichkeiten | Keinerlei Aufstiegsmöglichkeiten | Weshalb sollten engagierte Quereinsteiger*innen nicht auch leitende Funktionen ausüben können? |
| Ein 25jähriger Berufsanfänger der die „normale Ausbildung“ durchlaufen hat, bekommt 1000€ mehr als ein Seiten-/Quereinsteiger | E 10 Bremen zahlt E 13 das sind monatlich 700€ mehr | |
| | Einer promovierten Historikerin wurde das Fach Geschichte als erstes Fach nicht anerkannt für den Unterricht in der OBS, weil sie bestimmte Module in der ersten Uniphase nicht belegt hatte . | Eine transparente, wohlwollende Anerkennung der Ausbildung ist angesichts des akuten Lehrkräftemangels unabdingbar |
| | Qualifizierung durch Berufserfahrung muss möglich sein: Auch bereits bei der Anerkennung der Voraussetzungen für die zu unterrichtenden Fächer | |

Adressat:
 Bezirksparteitag, Landesparteitag, Landtagsfraktion

Für mehr Kita-Fachkräfte! Eine Aus- und Weiterbildungsoffensive im Landkreis Verden starten

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die Kreisverdener SPD ruft die Kommunen und alle weiteren Träger von Kindertagesstätten (Kitas) sowie den Landkreis Verden als Jugendhilfeträger auf, dem enormen Fachkräftebedarf im pädagogischen Bereich mit einer gemeinsamen Aus- und Weiterbildungsoffensive entschieden entgegenzutreten **und das Qualitätsniveau der Ausbildung aufrecht zu erhalten**, die folgende Bausteine enthält:

1. Die Städte und Gemeinden im Landkreis Verden werden aufgefordert, sich auf ein gemeinsames Modell zu einigen zur bezahlten Teilzeit-Ausbildung
 - a. bezahlten Teilzeitausbildung und Vollzeitausbildung von Sozialassistentinnen und Sozialassistenten sowie
 - b. bezahlten Teilzeitausbildung von Erzieherinnen und Erziehern.
2. Die SPD-Kreistagsfraktion, der Landrat sowie die Städte und Gemeinde werden gebeten zu prüfen, für diejenigen in der Erzieherausbildung, die ihre Ausbildung in Vollzeit in einer Fachschule absolvieren, ein nicht rückzahlbares Stipendium zu gewähren. Im Falle der Umsetzung eines derartigen Modelles sollte die Finanzierung anteilig durch den Landkreis Verden und die jeweilige Praktikums-Kommune erfolgen.
3. Parallel ist zu klären, ob die Anzahl der entsprechenden Fachschulklassen, insbesondere auch der Teilzeitklassen, an der BBS Verden erhöht werden sollte.
4. Es wird angeregt, den bestehenden Arbeitskreis Praxis der Erzieher/innenausbildung in Abstimmung mit dem Regionalen Landesamt für Schule und Bildung zu einem Runden Tisch aller Beteiligten auszubauen. Alle werden gebeten zu prüfen, welche weiteren Möglichkeiten vor Ort zur Verbesserung der Fachkräftesituation bestehen und wie diese Möglichkeiten besser genutzt werden können.

Gleichzeitig wird angeregt, auch auf Landes- und Bundesebene alles zu tun, was möglich ist, um die Lage in den Kitas zu verbessern. Dazu gehören u. a. folgende Maßnahmen:

1. Die Arbeitsbedingungen von pädagogischen Fachkräften zu verbessern.
2. Das Niedersächsische Kindertagesstättengesetz (NKiTaG) dahingehend zu ändern, den gesetzlichen Fachkräftecatalog des pädagogischen Betreuungspersonals erneut zu erweitern und an den Katalog des Landes Bremens anzupassen.
3. Die Förderung guter Kitas durch den Bund zu verstetigen.

Begründung:

Die Fachkräfte-Situation in den Kitas im Landkreis Verden ist mehr als angespannt. Viele Kinder und Eltern müssen angesichts dieser Lage immer wieder kurzfristig Abstriche am Bildungs- und Betreuungsangebot der Kitas in Kauf nehmen. Für Erzieherin und Erzieher und alle anderen Kräfte, die in den Kitas arbeiten, ist die Arbeitssituation angesichts der dünnen Personaldecke belastend. Dem wollen wir entgegenzutreten. Gleichzeitig ist es uns wichtig, dass sich Kreisverdener Kommunen nicht gegenseitig einen Wettbewerb um das knappe Personal liefern sondern gemeinsam Modelle für die bezahlte Ausbildung pädagogischer Fachkräfte umsetzen, mit denen auch Ausbildungswillige aus umliegenden Landkreisen gern ihre Ausbildung im schönen Landkreis Verden beginnen und hier in ihre Laufbahn als pädagogische Fachkraft starten.